

## Teil III

### Modrow und der Runde Tisch Die Bürgerbewegung, die deutsche Einheit und die vergebliche Hoffnung auf „gleiche Augenhöhe“



(Auszug aus Buchseite 164-170 von Alexander von Plato)

„Die Bürgerbewegung wurde im Laufe des Herbstes und des Winters 1989 stärker und Öffentlichkeitswirksamer. Es bildeten sich gegen Ende des Jahres nach dem „Neuen Forum“ eine Reihe von weiteren Gruppen, die von konservativen Lager bis zu trotzkistischen Organisationen reichten, und es entstanden überall Runde Tische, an denen Staatsvertreter und Oppositionelle über anstehende Reformen berieten. Der Niedergang der SED kam der Opposition dabei ebenso zugute wie die mangelnde Basis der Regierung Modrow: Bereits am 1. Dezember 1989 hatte, wie erwähnt, die Volkskammer die Führungsrolle der Staatspartei SED aus der Verfassung gestrichen, am 3. Dezember mussten das seit knapp einem Monat amtierende SED-Politbüro unter Krenz und das Zentralkomitee zurücktreten, und am 6. Dez. 1989 war Krenz gezwungen sein Amt als Staatsratsvorsitzender niederzulegen.

Modrow als neuer Regierungschef geriet so unter Druck, dass er eine Erweiterung seiner Legitimation brauchte. Das versuchte er einerseits durch die Einbeziehung von Vertretern der Blockparteien, wie des CDU-Vorsitzende de Maiziere, in eine Koalitionsregierung; andererseits akzeptierte er einen Runden Tisch. Das heißt: Modrow mußte sich mit Vertretern von Oppositionsgruppen beraten. Der zentrale Runde Tisch in Berlin tagte das erste Mal am 7. Dez. 1989. Manche haben diese Form der begrenzten Machtbeteiligung sogar als „Doppelherrschaft“ bezeichnet. (*Doppelherrschaft = ein Begriff aus der Zeit zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917 in Russland, als die Räte eine quasi regierende Funktion neben der „eigentlichen“ Regierung übernahm*) Ganz schnell wurden freie Wahlen beschlossen und zwar damals noch zum 4. Oktober 1990.

Der zentrale Runde Tisch in Berlin tagte zwischen dem 8. Dez. 1989 und dem 12. März 1990 insgesamt 16 Mal. Unter der Leitung von „Moderatoren“ (aus Kirchen bzw. aus dem Ministerrat) kamen hier Mitglieder des Ministerrats der DDR (Regierungschef Modrow, L.de Maiziere für die CDU, P. Moreth für die LDPD und Christa Luft für die SED-PDS sowie 27 Minister der neuen DDR-Regierung) mit Vertretern aus der Bürgerbewegung (19) bzw. der Blockparteien und Massenorganisationen –FDGB (19) zusammen. Außerdem gab es 3 Moderatoren und 3 Pressesprecher sowie ein Vertreter des sorbischen Runden Tisches jeweils ohne Stimmrecht. Die beiden stimmberechtigten Vertreter des FDGB hatten einen Sonderstatus, obwohl sie eigentlich der Regierungsseite hätten (bei Abstimmungen) zuschlagen werden müssen. Durch solche Ungereimtheiten war die eigentlich gewünschte je gleiche Zusammensetzung von 19:19 für Opposition und Vertreter des „alten Systems“ immer wieder ein Problem. Trotz dieser Runden Tische blieb das Verhältnis zur Macht, an der sie nun partiell beteiligt waren, für die meisten Oppositionellen zwiespältig, dies zeigen u.a. auch Interviews mit Angehörigen der Opposition.

*Ulrike Poppe: Wir hatten eine Vorstellung von Demokratie, dass wir uns nicht in eine Position begeben wollten, in der wir nicht legitimiert waren, Macht auszuüben. Und deshalb haben wir es als sinnvoller erachtet, so ein Gremium zu schaffen, dass die mangelnde Legitimierung der Volkskammer ausgleicht und für die Übergangszeit eine Koordinierung übernimmt. (Interview mit Blumenberg)*

Die SED hatte offensichtlich jede Macht unattraktiv gemacht. Ein Mitglied des Neuen Forum berichtete von seiner ersten Begegnung mit westdeutschen Politikern:

*Begenau: Ich hatte die große Vorstellung, man müsste mich nur lassen, dann könnte ich schon Politik machen. Das hat man also 20 Jahre mit sich rumgeschleppt. Aber als ich dann gesehen habe, wie das so ablief (lacht) da habe ich gemerkt: Ich kann es nicht. Also, ich, ich konnte es nicht. Ich hätte mich da nicht hinstellen können und den Leuten irgendwas erzählen können wie es andere gemacht haben.....*

Er beschloss mit Politik, genauer: mit Parteipolitik, nichts zu tun haben zu wollen und machte gewerkschaftliche Arbeit in einer wissenschaftlichen Funktion.

Die eigentlich wesentliche Frage ist doch: Wer der dort am Runden Tisch agierenden Repräsentanten vertrat im Dezember 1989 bzw. im Januar 1990 eine Position, die auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik abzielte ?

Fast alle neuen Gruppen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten zunächst die Vereinigung mit der Bundesrepublik **nicht** in ihrem Programm, geschweige denn als Ziel in **den** Köpfen ihrer Mitglieder. Auch diejenigen, die in diese Richtung dachten, haben es als ein Prozess des Aufeinander-zu-Reformierens definiert, wie dies in einem Thesenpapier bei „Demokratie Jetzt“ formuliert wurde. Mit den Worten von Ulrike Poppe:

*Deutsche Wiedervereinigung ja, aber ebend in einem Prozess. Das hieß für uns nicht einfach ein Anschluss, sondern auf beiden Seiten sind Reformen nötig, um ein wiedervereintes Deutschland zu schaffen. Das hieß nicht, dass sich der Osten dem Westen anpassen muss, sondern dass sie beide nach vorne reformieren sollten, so etwa, aber sehr unbestimmt.*

Ein anderes Detail: Einige Oppositionellen hatten den Aufruf „Für unser Land“, quasi ein Aufruf zur Rettung einer eigenständigen DDR, unterschrieben. In diesem Aufruf hieß es:

*Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.*

*Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.*

*Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistische Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.*

Diese klare Alternative eines entweder DDR oder Bundesrepublik zeigt, dass es vielen Oppositionellen eben um eine reformierte, bei einigen um eine sozialistisch erneuerte DDR ging, auch Ende November und auch noch in den Monaten danach. Unterzeichnet hatten diesen Aufruf nicht nur oppositionelle und Schriftsteller, sondern bald auch Funktionsträger der SED, als Prominentester Egon Krenz. Später allerdings haben einige Oppositionelle ihre Unterschrift für einen Fehler gehalten, wie zum Beispiel Ulrike Poppe. ( heute ist U.Poppe im Land Brandenburgs Landesbeauftragte für SED Opfer und andere....) Bärbel Bohley, die Mitbegründerin des Neuen Forums, und hatte kurz nach der großen Demonstration am 4.Nov.1989 in Berlin erklärt:

*Bäbel Bohley Mit das Beeindruckendeste am vergangenen Samstag war, dass da nichts aufkam von wegen Wiedervereinigung, dass keiner „ wir wollen Kohl“ oder ähnliches verlangt hat, (...) Nur wer unser zartes Pflänzchen kaputt treten will und nicht an Demokratisierung in der DDR interessiert ist, kann der Wiedervereinigung das Wort reden. (Literatur vgl. Interview Frankf.Rundschau“ v. 9.11.1989, nach Kontrovers-Die Wende in der DDR, Bonn Juli 1990)*

Aber natürlich begannen die Ereignisse und Demonstrationen, die ökonomische Krise und auch die Politik der Bundesrepublik die deutsche Frage virulent werden zu lassen. So setzte sich im Neuen Forum Anfang Dezember 89 Joachim Gauck gegen Bärbel Bohley mit einem Antrag durch, der auf die Wiedervereinigung abzielte, zumindest Dank der anwesenden Mehrheit, was aber nicht bedeutete, dass diese Frage im Neuen Forum damit geklärt war. Die Positionen zur deutschen Frage wurden jedoch bald differenzierter in der Opposition. Ein Beispiel für die Nachdenklichkeit in dieser Frage ist die Gemeinsame Erklärung des „ Demokratischen Aufbruchs“, des Neuen Forums und der Sozialdemokratischen Partei der DDR vom 12.Dez.1989:

*Wer jetzt träumt: heute Wiedervereinigung, morgen Mercedes, übermorgen Mallorca, - wird schnell erwachen (...) Was wollen wir: ein demokratisches und blockfreies Deutschland im europäischen Haus, wo Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden. Ein Deutschland mit Ökologischer Wirtschaft und verantwortbaren Konsum. Ein Deutschland mit sozialer Gerechtigkeit und ausgeglichenem Lebensniveau im Westen und Osten und mit Verantwortung für die 2./3. Welt (...) Die Umstellung einer Ökonomie dauert mindestens 5-10 Jahre, Der Zeitplan ist wichtig.*

Und dann werden Stufen von der Vertragsgemeinschaft zu einer Konföderation unter bestimmten Bedingungen formuliert, unter anderem heißt es da: Wir müssen „auch wirtschaftlich akzeptierte gleichberechtigte Partner werden und Benachteiligungen“ vermeiden.

Aber genau hier lag bei allen sympathischen Zielsetzungen das Problem: Würde die DDR-Wirtschaft überhaupt die Grundlage zu gleichberechtigten Verhandlungen liefern können? Ulrike Poppe meint, dass im Januar 1990 bereits die Mehrheit der Opposition die Wiedervereinigung wollte, allerdings mit Vorbedingungen, vor allem sei es um gleichberechtigte Verhandlungen mit der Bundesrepublik gegangen. Was das für die Einzelnen in der praktischen Politik bedeutete, eher eine Verzögerung der Wiedervereinigung oder gar eine verkappte Ablehnung,

ist schwer auszumachen. Ebenso schwer ist die Frage zu entscheiden, welche Mehrheiten bei welchen Gruppierungen U.Poppe meint. Bei den Vertretern am zentralen Runden Tisch jedenfalls ist die Ablehnung der *real* stattfindenden Entwicklung der Vereinigung deutlich und schwer abzugrenzen von einer prinzipiellen Ablehnung. Wie schwer dies zu bestimmen ist, zeigt auch ein Treffen von führenden Vertretern des Runden Tisches mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters in Ost-Berlin am 25. Januar 1990. Alle dort vertretenen Oppositionsgruppen nahmen teil mit Ausnahme der Sozialdemokraten (wg.Tod Herbert Wehner). Nahezu **alle** sprachen sich **gegen** die Wiedervereinigung aus. Es sei, fasst Seiters zusammen, die tiefe Sorge um die innere Entwicklung der DDR ausgedrückt worden.

Das Gespräch zeigte, dass die Gruppen zum Teil nur unter der Last der Probleme bereit sind, pragmatische Lösungen zu akzeptieren. Sie werden die eigene Position nicht zu den Akten legen und um Mehrheiten kämpfen, zur Stabilisierung der DDR aber Abstriche an eigenen Wünschvorstellungen hinnehmen. Der Vertreter der Vereinigten LINKEN ließ erkennen, dass er eine marktwirtschaftliche Ordnung des DDR-Wirtschaftssystems ablehnt. Mehrfach wurde die Bundesregierung gebeten, deutlich zu erklären, dass eine sofortige und schnelle Wiedervereinigung keines der anstehenden Probleme lösen werde.

Hier wie insgesamt in den oppositionellen politischen Strömungen herrschte Misstrauen gegenüber der Bundesregierung. Misstrauisch beäugten die Vertreter des Runden Tisches auch die eigene Regierung, vor allem Modrow in seiner Politik gegenüber der Staatssicherheit. Schon bei der Konstituierung des Runden Tisches wurde eine Arbeitsgruppe gebildet: „Auflösung der Staatssicherheit“. An dieser Frage kam es zur schärfsten Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten, die schließlich am 15. Januar 1990 zum „Sturm auf die Stasi-Zentrale“, in der Normannenstrasse in Berlin führte:

*De Maiziere: Ich weiß nicht, ob es die Überzeugung von Modrow war, dass man (Geheim-) Dienste noch brauche, oder ob er den Konflikt mit dem MfS scheute, er war dafür, dieses Ministerium für Staatssicherheit umzubenennen in Amt für Nationale Sicherheit, und zwar bei parlamentarischer Unterstellung, und eine Trennung der drei Bereiche vorzunehmen. In dem Ministerium für Staatsicherheit waren ja sowohl der Militärische Auslandabwehrdienst, also MAD...als auch die Auslandsspionage HVA und der Inlandsüberwachungsapparat unter einer Hand. Das sollte getrennt werden. Aber die Mehrheit der Parteien und Gruppierungen am Runden Tisch war der Meinung: Überhaupt keine Dienste mehr, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen am Runden Tisch und dann zu dieser Situation am 15.Jan. 1990 in der Normannenstrasse.*

*AvP: Weil man Modrow misstraute, ob er nicht unter den Mantel dieser jetzt etws speziellen Politik nicht doch eigentlich nur eine Rettung der Staatssicherheit wolle.*

*De Maiziere: Richtig, Und es ist bis heute noch unklar, wie weit dieser Sturm tatsächlich auch selbst vom MfS, von der Staatssicherheit mit initiiert war. Denn zeitgleich ist auch eine ganze Menge dort verschwunden. Wie mir auch noch heute nicht ganz erklärlich ist, warum also besonders brisante Akten ausgerechnet beim CIA in New York aufgetaucht sind, die wohl, wie man meint, bis zum 3. Oktober noch in der DDR gewesen sind. (..) Es ist nicht gelungen, in dieser Modrow-Zeit, den reinen Spitzelüberwachungsapparat zu isolieren und aufzulösen in notwendigen anderen Diensten. Zum Beispiel war beim Ministerium für Staatssicherheit die gesamte (ein Großteil-AvP) Kriminaltechnik angesiedelt. Kein Land kann auf die Kriminaltechnik verzichten.*

Den meisten Oppositionellen, auch den Ministern ohne Geschäftsbereich, ging es nach eigener Auffassung um die Eigenständigkeit ihrer Politik auch gegenüber der Bundesrepublik, um selbst verantwortete demokratische Veränderungen in der DDR, um eine verfassungsgebende Versammlung für ein neues Gesamtdeutschland, nicht um die Übernahme des Grundgesetzes. Und ganz besonders wollte damals niemand die NATO-Erweiterung auf das Staatsgebiet der DDR. Im Gegenteil: Man befürchtete dadurch eine Gefährdung der Politik Gorbatschows in der Sowjetunion, wie insbesondere der Außenminister der späteren de-Maiziere-Regierung und Mitbegründer der SDP, Meckel, im Laufe des Jahres 1990 formulieren sollte. Nicht nur Meckel, fast alle Vertreter des zentralen Runden Tisches waren in „Großwetterlagen“- Konzepten mit einer immer noch überschätzten Sowjetunion als Zentrum Ost- und Mitteleuropas und in einer Voreingenommenheit gegen die Bundesrepublik befangen. Und sie waren voller Sorge um die Position Gorbatschows“.

**Quelle und Autor:**Alexander von Plato Titel:„Die Vereinigung Deutschlands-ein weltpolitisches Machtspiel“ 480 Seiten erhältlich unter ISBN 9783893314621 und [www.bpb.de](http://www.bpb.de) Schriftenreihe 381, Bonn 2003, s.LINK <http://www.perlentaucher.de/buch/14179.html>

Zusammengestellt am 26.07.2010 Auszüge: Seiten 164-170 von sed-opfer-hilfe.de// Aufarbeitungszwecke zu Themen DDR,DDR-Unrecht, Wiedervereinigung, für Opfer der DDR-Diktatur;